

Mikl-Leitner kämpft für faire Energiepreise: Ärger um Netzgebühren!

Landeshauptfrau Mikl-Leitner fordert Reformen im Elektrizitätswirtschaftsgesetz 2025 für fairere Netzentgelte und nachhaltige Energie.



Nachrichten AG

Niederösterreich, Österreich - Die Landeshauptfrau von Niederösterreich, Johanna Mikl-Leitner, hat deutlich gemacht, dass im aktuellen Entwurf des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG) Nachbesserungen erforderlich sind. Der Entwurf befindet sich derzeit im parlamentarischen Prozess, und Mikl-Leitner hat sich für einen fairen Kostenausgleich beim Netzausbau ausgesprochen. Sie betont, dass die Windkraftanlagen in Niederösterreich einen wesentlichen Beitrag sowohl zu den österreichweiten Klimazielen als auch zur Energieunabhängigkeit leisten. In diesem Zusammenhang fordert Mikl-Leitner auch einen einheitlichen Schulterschluss der gesamten Republik für leistbare Energiepreise, um negative Auswirkungen auf kleinere und mittlere Photovoltaik-Betreiber

zu vermeiden.

Ein zentrales Anliegen Mikl-Leitners ist die kritische Haltung gegenüber den geplanten Netzgebühren für eingespeisten Strom. Sie warnt vor neuen Abgaben, die insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien beschränken könnten. Zudem fordert sie eine klare Differenzierung zwischen Haushaltsanlagen und gewerblichen Großanlagen. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse durch faire Rahmenbedingungen gefördert werden, da leistbare Energie entscheidend für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit sei.

Änderungen im Entgeltsystem

Änderungen im Elektrizitätswirtschaftsgesetz sind notwendig, um den steigenden Ausgaben der Netzbetreiber Rechnung zu tragen. Diese Kostensteigerungen resultieren laut der **Energie.gv.at** aus Investitionen in den Ausbau, die Modernisierung und Digitalisierung des Stromnetzes, sowie aus Inflationsanpassungen und steigenden Zinsen. Aktuell erzeugen etwa 450.000 Kleinanlagen, meist durch Photovoltaik, Solarstrom zum Eigenverbrauch, was zu einer Zunahme an Eigenstromerzeugung führt.

Obwohl diese Eigenversorgung zu einer Verringerung des Strombezugs aus dem Netz führt, bleibt ein ausreichender Netzanschluss notwendig. Aktuell tragen laut E-Control schon 94 % der Netzkosten hauptsächlich die Entnehmer. Eine Reformierung der Netzentgelte ist daher beschlossen worden: Das Netznutzungsentgelt wird von Entnehmern und Einspeisern erhoben, und es erfolgt eine Zusammenführung von Netzzutrittsentgelt und Netzbereitstellungsentgelt zu einem neuen Netzanschlussentgelt. Ziel der neuen Regelung ist eine effizientere Nutzung des Stromnetzes, die am 1. Januar 2027 in Kraft treten soll, abhängig von einem zeitnahen EIWG-Beschluss.

Entlastung durch erneuerbare Energien

Neue Regelungen zur Binnenmarktanpassung in Bezug auf die Netzkosten haben auch Auswirkungen auf die den Endverbraucher belastenden Tarife. In Regionen mit starkem Zubau von Wind- und Solarenergie werden Senkungen der Netzentgelte erwartet. Laut **Bundesnetzagentur** können durchschnittliche Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh 2025 Einsparungen von über 200 Euro im Vergleich zu 2024 erwarten, insbesondere in Flächenländern mit viel erneuerbarer Stromerzeugung.

In einer Auswertung für verschiedene Netzbetreiber zeigte sich, dass beispielsweise die E.DIS Netz GmbH Einsparungen von ca. 100 Euro und die WEMAG Netz GmbH sogar von über 200 Euro erwarten lässt. Dies zeigt, dass die Veränderungen im Strommarkt und der Zubau erneuerbarer Energien nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern auch eine finanzielle Entlastung für Verbraucher darstellen können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	• noe.gv.at • energie.gv.at • www.bundesnetzagentur.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at